



INDIEN NACH DER WAHL: WIRTSCHAFTSPOLITISCHE AUSSICHTEN

VON DR. RAJNISH TIWARI

Die fast schon historischen Wahlen im Frühjahr 2014 haben eine neue Regierung der „National Democratic Alliance“ (NDA) in Delhi ins Amt gebracht. Die Vorgängerregierung von Premier Manmohan Singh von der Kongresspartei verlor krachend. Zusammen mit ihren Alliierten in der „United Progressive Alliance“ (UPA) stellt sie nur noch 59 Abgeordnete, 175 weniger als bis dahin. Die Siegerin hingegen konnte die Anzahl ihrer Abgeordneten um satte 195 steigern. Mehrere regionale Parteien, die sich bereits in der Rolle des Königsmachers – wenn nicht gar des Königs – wähten, verloren ebenfalls haushoch.

Die bis dahin regierende Dispensation verlor nicht

zuletzt, weil viele Inder sie als amtsmüde empfanden und für die wirtschaftliche Stagnation verantwortlich machten. Der neue Premier Narendra Modi gilt gerade aufgrund seiner dokumentierten Erfolge als Ministerpräsident („Chief Minister“) im Bundesstaat Gujarat als der große Hoffnungsträger und steht in öffentlicher Wahrnehmung für wirtschaftlichen Fortschritt. Die Erwartungen sind enorm und zwar nicht nur im Inland. Wie die Sächsische Zeitung am 11. Juni schrieb: „Mit dem politischen Wandel sei nun die Hoffnung auf mehr Dynamik in der Wirtschaftspolitik verbunden, meint die (Deutsch-Indische Außenhandels-) Kammer. Viele Unternehmer sehen in Modi einen wirtschaftsfreundlichen Machter.“ In diesem Artikel stellen wir die Wahlen kurz

DR. RAJNISH TIWARI



Dr. Rajnish Tiwari ist Wirtschaftswissenschaftler und Indienexperte am Institut für Technologie- und Innovationsmanagement der TU Hamburg-Harburg. Er leitet dort den Forschungsschwerpunkt „Global Innovation“ und ist Vorsitzender der Hamburg-Sektion des German-Indian Round Table (GIRT). Als Beiratsmitglied berät er die Deutsch-Indische Gesellschaft e.V. Der Autor dankt der Claussen-Simon-Stiftung für ihre großzügige Unterstützung, die die für diesen Artikel maßgebliche Forschung ermöglicht hat.

Ziel des GIRT sind die Information über Indien und die Förderung der deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen.

vor und analysieren, was man von einem Premier Modi und seiner neuen Regierung wirtschaftspolitisch möglicherweise erwarten kann.

Die Parlamentswahlen in Indien für die 16. Legislaturperiode des „Loksabha“, des Unterhauses des indischen Parlaments, waren in ihrem Ausmaße nichts weniger als gigantisch und bisher einmalig in der Weltgeschichte: Über 834 Millionen Wahlberechtigte durften in fairen, geheimen und unabhängigen Wahlen zwischen 7. April und 12. Mai größtenteils unbehelligt ihre Stimme abgeben und ihre Abgeordneten für die nächsten 5 Jahre wählen. In diesem als „Tanz der Demokratie“ titulierten Wahlkampf kandidierten 8.251 Personen, darunter 7.577 Männer, 668 Frauen und 6 Personen nach eigenen Angaben „unbestimmten“ Geschlechtes, für 543 Abgeordnetenmandate. Zwecks besserer Organisation und aus Sicherheitsgründen wurden die Wahlen nach Bundesstaaten gegliedert phasenweise an zehn Wahltagen abgehalten. Die staatliche Wahlkommission hat landesweit 927.553 Wahllokale eingerichtet. Jedem Wahllokal waren damit im Durchschnitt gut 900 Wählerinnen und Wähler zugeordnet. Flächendeckend wurden Maschinen zur Stimmabgabe („Electronic Voting Machines“, EVMs) eingesetzt, die mit hoher Präzision arbeiteten. Mit 66.4% lag die Wahlbeteiligung ungewöhnlich hoch. Am Ende des Wahlprozesses hatten insgesamt 553 Millionen Wähler ihre Stimme abgegeben. Nach dem Westminster Modell hat Indien ein System mit nur direkten Mandaten, insofern ist die Wahlbeteiligung von kritischer Bedeutung, da eine proportionale Repräsentanz für die „Verlierer“ nicht vorgesehen ist. Somit zählen alle außer der Erstplatzierte zu Verlierern in dem jeweiligen Wahlkreis.

Eine Vielzahl an politischen Parteien (464) kämpfte

um die Parlamentsmandate, hierunter sechs nationale und 39 anerkannte regionale Parteien. Den Rest bildeten andere registrierte politische Gruppierungen, die (noch) nicht offiziell als politische Partei anerkannt sind, da diese Anerkennung einer bestimmten Prozentzahl der abgegebenen gültigen Wahlstimmen bedarf. Auch mehrere private Personen suchten ihr Glück als unabhängige Kandidaten („Independents“). Zum ersten Mal hatten die Wähler auf nationaler Ebene auch die Wahl, alle

Kandidaten in ihrem Wahlkreis per Knopfdruck auf „NOTA“ (steht für „none of the above“) abzulehnen. Immerhin machten gut 6 Millionen Wähler von dieser Option Gebrauch, was für das politische Establishment in Indien ein Weckruf sein sollte.

„Das Wahlergebnis war in seiner Deutlichkeit selbst für die meisten Experten überraschend.“

Das Wahlergebnis war in seiner Deutlichkeit selbst für die meisten Experten überraschend. Das von der „Bharatiya Janata Party“ (BJP) angeführte Parteienbündnis NDA

gewann unerwartet klar und eindeutig. Waren für eine einfache Mehrheit im Unterhaus 272 Abgeordnetenmandate nötig, so gewann die NDA insgesamt 336 Mandate, damit 195 mehr als bei den letzten Wahlen. Noch überraschender war die Erfolgsdimension für die BJP, die aus eigener Kraft 282 Mandate (166 mehr als 2009) erringen konnte und im Alltag auf die Alliierten nicht mehr angewiesen ist. Seit 1984 war es das erste Mal, dass eine politische Partei in Neu-Delhi theoretisch auf Koalitionspartner verzichten könnte. Dieser für die von manchen Kritikern als „hindu-nationalistisch“ bezeichnete BJP günstige Wahlausgang kann auf den Wählerwunsch nach politischer Stabilität und Handlungsfreiheit für die Regierenden, insbesondere für den charismatischen Premier Modi zurückgeführt werden, der im Wahlkampf „action instead of acts“ (in etwa „Handlungen statt Regelungen“) versprochen hat.



Modi konnte als langjähriger Ministerpräsident von Gujarat auf eine, gerade in Wirtschaftsfragen, sehr erfolgreiche Bilanz verweisen und damit vor allem die 100 Millionen jungen Erstwähler in der Altersgruppe von 18-25 Jahren überzeugen, die sich von seiner Expertise viel Wirtschaftswachstum für das Land und somit auch gute Zukunftsperspektiven im Beruf erhoffen. Mehrere Berichte zeigen, dass Modi regions-, kasten-, und religionsübergreifend in allen Wählerschichten Unterstützer gefunden hat, die sich einen starken Mann, einen Macher, in Delhi wünschten. Mit Sicherheit spielte dabei eine Rolle, dass sein Vorgänger trotz seines persönlich sauberen Images allgemein als „schwach“ empfunden wurde, da er über keine Hausmacht in der Kongresspartei verfügte und als „Statthalter der Gandhi-Familie“ wahrgenommen wurde. Koalitionszwänge – zumindest in populärer Wahrnehmung – führten dazu, dass er bei Korruptionsvorwürfen angeblich ein Auge zudrückte. Solche Überlegungen haben die Wählerinnen und Wähler dazu geleitet, einen klaren Regierungsauftrag zu erteilen.

Die ersten Amtshandlungen der Regierung Modi lassen in der Tat aufhorchen. In einem Novum lud er zu seiner Amtseinführung die Regierungschefs aus allen südasiatischen Nachbarländern Indiens und signalisierte auch seitdem mehrfach Friedens- und Kooperationsbereitschaft in der Außenpolitik. Zu Hause versprach die BJP/NDA-Regierung „Sabka saath, sabka vikas“ (in etwa, „mit allen, Fortschritt für alle“) und Modi sagte noch zum Amtsantritt, seine Regierung habe nur eine Religion „Indien zuerst!“

und nur ein heiliges Buch, „die Verfassung“. Damit verpflichtete sich Modi klar und deutlich, dass es ihm allein und einzig um den Fortschritt des Landes und all seiner Einwohner geht. Daran wird er später gemessen werden.

In der Wirtschaftspolitik münzten Modis Berater die Slogans „Minimum Government, Maximum Governance“ und „red carpet, not red tape“. Sie versprachen den Investoren damit einen roten Teppich anstatt der roten Aktenbinder in Anspielung auf den schlechten Ruf Indiens als Geschäftsstandort angesichts der überbordenden Bürokratie, die Korruption fördert. Auch an dieser Front lieferte Modi: Er reduzierte die Anzahl der Minister von 78 in der Vorgängerregierung auf 44 und führt die bisher schlankste Regierung Indiens nach der Unabhängigkeit an. Ob es dabei bleibt, wird abzuwarten sein.

Zur Förderung größerer Transparenz und Entscheidungsfreude hat Modi als eine seiner ersten Amtshandlungen die über 30 bevollmächtigten Gruppen der Minister („Empowered Groups of Ministers“) abgeschafft. Diese wurden in der Zeit seines Vorgängers sehr häufig dazu benutzt, selbst kleine Entscheidungen in größere von mehreren Ministern besetzte Arbeitskreise zu vertagen, um die eigene Verantwortung für eventuell fehlerhafte Entscheidungen zu relativieren. Als Ergebnis waren diese Arbeitskreise häufig hoffnungslos überlastet und führten zur Lähmung der Regierungsaktivität, vor allem bei wichtigen Policy-Entscheidungen. Die neue Regierung hat Ministerien und Spitzenbeamte aufgefordert,



ihre Entscheidungen selber und in gebotener Eile zu treffen. Andere Ministerien sollen nur nach Bedarf konsultiert werden. Modi sicherte den Beamten zu, er würde bei eventuellen Fehlern ihnen beistehen, solange Entscheidungen transparent und rational begründbar sind und der Fehler nicht auf etwas Böses zurückzuführen ist. Die Regierung hat in den ersten fünf Monaten gut 300 Gesetze identifiziert, die „nicht gebraucht“ werden und völlig veraltet sind. Diese überflüssigen, zum Teil aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stammenden und noch von der damaligen Kolonialherrin East India Company erlassenen Gesetze, wurden jetzt außer Kraft gesetzt. All diesen Maßnahmen zeigen bereits Wirkung: Der Internationale Währungsfond (IWF) korrigierte Anfang Oktober seine Prognose für das Wirtschaftswachstum in Indien deutlich nach oben. Er rechnet mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes um 6,4% in 2015, nachdem der BIP-Zuwachs in den letzten Jahren zeitweise sogar unter 4,5% abgesackt war. In den sechs Wochen zwischen Mitte Mai und Ende Juni flossen laut einem Bericht der Economic Times (30. Juni) 523 Milliarden Rupien (in etwa 6,5 Milliarden Euro) mehr als Kapitalanlage institutioneller Anleger nach Indien als im gesamten vergangenen Geschäftsjahr.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Regierung Modi mit einem enormen Vertrauensvorschuss im Amt gestartet ist. Der Wähler hat laut mehreren Experten in erster Linie nicht die Partei BJP oder die Koalition NDA gewählt, sondern er hat sich für einen Kandidaten entschieden, dem Regie-

rungs- und Wirtschaftskompetenz, Entscheidungsfreude sowie guter Willen zum Wohle des gesamten Landes unterstellt wird. Die pakistanische Zeitung „The Nation“ schrieb am 17. Mai, einem Tag nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse:

„As secular Indians and even Muslims came out to vote for Modi, it was clear that in this election, economics superseded all else. The young Indian electorate responded positively to the call for more development, growth and above all – more jobs.“

Dieses Zitat zeigt, dass Modis Erfolg von Experten im In- wie Ausland in erster Linie auf wirtschaftliche Faktoren zurückgeführt wird. Gerade die junge Generation identifiziert sich mit seinem Versprechen von Fortschritt, Entwicklung und Jobs. Junge Menschen wollen nicht, dass ihnen Almosen verteilt werden um Armutsleiden zu lindern, sondern dass ihnen neue Perspektive eröffnet werden, so dass sie an dem Wachstum selber teilhaben können und so dass sie ihre Zukunft selber gestalten können.

Der Wähler hat Herrn Modi den von ihm ersehnten Auftrag erteilt, jetzt ist er dran. Es bleibt abzuwarten, wie er die diversen Hürden nimmt und seine Vision in konkrete Taten umsetzt. Man darf natürlich keine Wunder erwarten, aber selbst wenn es ihm gelingt, die Hälfte davon zu realisieren, was er versprochen hat, dann hat Indien und sein Milliarden-Volk viel gewonnen. Die ersten Zeichen sind jedenfalls ermunternd und stimmen positiv.